



Resolution der Landesvertreterversammlung des NABU Brandenburg – 28. November 2015

Für eine leistungsfähige Umweltverwaltung auf Landesebene

Die Umwelt- und Naturschutzverwaltung des Landes Brandenburg ist nach Jahren des Personalabbaus an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gelangt – das zeigen nicht nur überlange Bearbeitungszeiten bei Genehmigungsverfahren, sondern beispielhaft auch das aktuelle Vertragsverletzungsverfahren der EU wegen nicht ausreichender Umsetzung der FFH-Richtlinie. Zahlreiche Aufgaben sind in den letzten Jahren vom Land auf die Unteren Naturschutzbehörden übertragen worden.

Die derzeit diskutierte Übertragung weiterer Aufgaben in den Bereichen Naturschutz, Immissionsschutz, Wasserwirtschaft und Forst auf die Landkreise würde zu einer weiteren Einschränkung der Handlungsfähigkeit der Naturschutzbehörden führen.

Die Erfahrungen des NABU mit den bisherigen Kommunalisierungen decken sich mit der Einschätzung der Verwaltungswissenschaft. Hoch spezialisierte Aufgaben erfordern konzentrierten behördlichen Fachverstand auf Landesebene. Ansonsten droht der Verlust von Fachkompetenz in den Behörden, dafür werden dringend benötigte Spezialisten mit fachfremden Aufgaben befasst. Erfahrungen mit Kommunalisierungen aus anderen Bundesländern setzen warnende Zeichen. Der NABU sieht mit Sorge, dass in den Unteren Naturschutzbehörden vermehrt fachfremdes Personal eingesetzt wird.

Hinzu kommt die politische Einflussnahme von Landräten und Kreistagen auf Fachentscheidungen der Behörde, die eigentlich unabhängig rein nach rechtlichen und fachlichen Kriterien tätig werden müsste. Auch dafür gibt es viele negative Beispiele. Der Stellenwert des Umwelt- und Naturschutzes sinkt, die Entscheidungen werden rechtlich angreifbar.

Die Großschutzgebiete sind Kernstück und Markenzeichen der brandenburgischen Naturschutzpolitik. Sie haben sowohl für den Naturschutz als auch für die Regionalentwicklung wichtige Impulse gegeben und genießen hohe Akzeptanz. Voraussetzung für diese Erfolgsgeschichte war und ist eine zentrale Steuerung zur Aufrechterhaltung der brandenburgischen Standards vor allem in den Naturparken.

Der NABU Brandenburg fordert:

1. Keine weitere Kommunalisierung von Aufgaben des Umwelt- und Naturschutzes.
2. Der Stellenabbau in der Umwelt- und Naturschutzverwaltung muss ein Ende haben.